Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
(Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.)

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstrasse 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniss.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 141. Mittwoch den 21. Mai 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die **Loosungsscheine** der im Jahre 1890 gemusterten **militairpflichtigen Mannschaften** sind eingegangen und liegen auf unserm Quartier-Amte, Stadthaus, III. Geschoß, Zimmer Nr. 143/45 zum Abholen bereit, was hiermit zur Kenntniß der Betheiligten gebracht wird.

Leipzig, am 17. Mai 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

X/M. 5035. Dr. Georgi. Lamprecht.

Bekanntmachung.

Die Leuchtkraft des städtischen Leuchtgases betrug in der Zeit vom **12. bis 18. dieses Monats** im Argandbrenner bei 2,5 Millimeter Druck und 150 Litern stündlichem Consum das 18,1fache der Leuchtkraft der deutschen Normalkerze von 50 Millimeter Flammenhöhe.

Das specifische Gewicht stellt sich im Mittel auf 0,461.

Leipzig, am 19. Mai 1890.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

In Gemäßheit der §§. 2 und 7 des Regulativs für Gasrohrleitungen und Gasbeleuchtungsanlagen in Privatgrundstücken vom 2. März 1863 machen wir hierdurch bekannt, daß die Inhaber der Sächsischen Gas-Motoren-Fabrik, die Herren **Teichmann & Kunze,** Berliner Straße 24, zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen haben.

Leipzig den 19. Mai 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

X. 2917. Dr. Georgi. Wolfram.

Gesucht

wird die am 5. Januar 1866 zu Magdeburg geborene **Hedwig Marcus,** welche zur Fürsorge für ihr im Waisenhause untergebrachtes Kind anzuhalten ist.

Im Falle des Betreffens der Marcus wird um deren Anherweisung gebeten.

Leipzig, am 13. Mai 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig. (Armen-Amt.)

IVa/744d/90. Hentschel. Rchdt.

Versteigerungsausgebot.

Zum Zwecke der Nachlaßregulirung soll der dem verstorbenen Restaurateur **Carl August Meyer** und dessen Mutter, Wittwe **Maria Meyer** geb. **Gerbe,** hier, gehörige, in der Anlage A nachstehend bezeichnete, in der Stadt Weimar, im Brühl, gelegene Grundbesitz, in welchem seit Jahren eine schwunghafte **Gast- und Gartenwirthschaft** betrieben worden ist und zu welchem ein vor einigen Jahren neuerbauter **Concert-** und **Theatersaal** gehört,

Donnerstag, den 22. Mai 1890, Vormittags von 9 Uhr an

im hiesigen Amtsgerichte, 2 Treppen hoch, meistbietend versteigert werden.

Das Urtheil über Ertheilung des Zuschlags wird auf Antrag an demselben Tage nach Schluß des Versteigerungstermins verkündet werden.

Die näheren Nachweisungen über den zu versteigernden Grundbesitz und die Verkaufsbedingungen liegen an den Wochentagen von 9 bis 12 Uhr in unserer Gerichtsschreiberei zur Einsicht aus.

Der Taxe des gesammten Grundbesitzes beträgt 81 000 ℳ.

Weimar, den 29. April 1890.

Großherzoglich Sächs. Amtsgericht.
Dr. Schenk i. V.

Anlage A.

2	Ar	39	Quadratmeter Wohnhaus, Parterre, 1. Etage,
—	„	31	„ Küchen und Keller, Hausanbau,
—	„	64	„ Retirade und überbauter Durchgang,
3	„	79	„ Concertsaal, Parterre und 1. Etage,
—	„	49	„ Vorhalle zu demselben,
—	„	31	„ Gartensalon,
1	„	20	„ Veranda,
—	„	97	„ Pferdestall,
—	„	68	„ Veranda,
—	„	41	„ Kuhstall,
2	„	63	„ Eingang und Hofraum, der vordere,
—	„	81	„ desgl., der hintere,
5	„	52	„ Garten
20	Ar	15	Quadratmeter.

Im Brühl.

Bekanntmachung.

Die hiesige **Rathskeller- und Schützenhaus-Wirthschaft** soll zusammen am

Donnerstag, den 5. Juni cr., Vorm. 10 Uhr

im hiesigen Magistratsbureau **vom 1. October cr. ab** auf 6 Jahre öffentlich verpachtet werden.

Pachtliebhaber haben sich vor Beginn der Licitation über ihre Verhältnisse gehörig auszuweisen; die übrigen Bedingungen werden im Termine bekannt gemacht, sind auch schon vorher bei uns einzusehen.

Mücheln, den 5. Mai 1890. **Der Magistrat.**

Deutschland und England.

Gegenwärtig herrscht große Aufregung in England wegen der schwebenden Unterhandlungen mit Deutschland über Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Afrika. Eine Wendung, welche der englische Unterstaatssecretair des Auswärtigen Fergusson bei Beantwortung einer Interpellation gebraucht, ist dafür bezeichnend. Die bisher noch nicht geregelten Angelegenheiten würden jetzt in Berlin in freundlicherem Geiste erörtert, so daß daran betheiligte wichtige Interessen Großbritanniens durch das Abstandnehmen von einer Erörterung nicht benachtheiligt würden. Der deutsche Reichskanzler hat sich im Reichstage darüber ausgesprochen, wie diese Verhandlungen geführt werden: Deutschland ist es nicht sowohl um die Größe der abzugrenzenden Gebiete als darum zu thun, daß das, was zusammengehört, nicht auseinander gerissen wird. Es läßt sich daraus entnehmen, daß von Seiten Englands derartige Zumuthungen gestellt worden sind. Aus den Aeußerungen Fergusson's ergiebt sich auch, daß England auf den Besitz von Uganda großen Werth legt, die Aeußerung über das angebliche, aber nicht vorhandene Streben Deutschlands, britische Missionen von Uganda auszuschließen, diente in dieser Beziehung nur als Vorwand. Ebenso ist den Engländern daran gelegen, Deutschland vom Nyanzasee auszuschließen, was den zwischen Deutschland und Portugal geschlossenen Verträgen zuwiderläuft.

Stanley ist sehr ungehalten darüber, daß die von ihm mit den Häuptlingen im Innern Afrikas abgeschlossenen Verträge von der britischen Regierung nicht anerkannt werden, und hat deshalb bei seiner Rede in Guildhall am 13. Mai die Haltung der englischen Presse getadelt, durch welche eine große Action Großbritanniens am Congo und in Ostafrika verhindert worden sei, welche beiden Gebiete heute Großbritannien gehören müßten. Diese Rede, wie die täglich sich wiederholenden Interpellationen im englischen Parlament deuten noch der Aufklärung, aber so viel geht daraus hervor, daß die colonniale Eifersucht gegen Deutschland in Großbritannien einmal wieder üppig in die Halme geschossen ist. Daß neben dieser Macht sich auch noch andere Mächte in Centralafrika angesiedelt haben, ist Volk und Regierung in England durchaus nicht recht, sie möchten dort allein schalten und walten und vor allen Dingen weiterer Ausdehnung der Hinterländer ein für alle Mal einen Riegel vorschieben. England will den Weg von Capland nach Egypten frei haben und aus diesem Grunde werden jetzt auch die Bemühungen zur Oeffnung der Handelsstraße nach Berber wieder aufgenommen.

Einen anderen Differenzpunct in den britisch-deutschen Verhandlungen bildet das Damangwalo-Land, welches England für sich beansprucht, während es scheint, daß Deutschland durch die mit Portugal geschlossenen Verträge bessere Ansprüche darauf hat. Fergusson drückte sich am 19. Mai im Unterhause darüber sehr vorsichtig aus. Er sagte, daß ihm nichts davon bekannt sei, daß die Ueberlassung des Damangwalo-Landes an Deutschland bei den Besprechungen in Berlin erwogen werde. Von deutscher Seite wird mit Entschiedenheit daran festgehalten, daß der Zambesi am 24. Längengrad als nördlichste Grenzlinie anerkannt wird. Vorläufig glaubt die britische Regierung ihre Interessen in Afrika dadurch am besten wahrnehmen zu können, daß sie an dem Charakter der großen Ströme in Afrika als internationale Wasserstraßen festhält. In diesem Sinne hat sich Lord Salisbury im Oberhause über den Shire- und Zambesifluß ausgesprochen und diese Auffassung wird jetzt dadurch in die Praxis übertragen, daß am 2. Juni zwei Kanonenboote mit niedrigem Tiefgang am Zambesiflusse Station nehmen sollen.

Bei der großen Gereiztheit, welche durch die afrikanischen Grenzstreitigkeiten bei den Engländern erzeugt wird, ist es um so bedauerlicher, wenn einem so hervorragenden deutschen Officier, wie Major Liebert ist, mißliebige Aeußerungen über englische Officiere schuldgegeben werden, die er nicht gethan hat und nach der ganzen Sachlage überhaupt nicht gethan haben konnte. Die öffentliche Verwahrung, welche Major Liebert gegen diese Unterstellung eingelegt hat, wird die englische Armee und Flotte darüber aufgeklärt haben, wie man in deutschen militairischen Kreisen gegen England gesonnen ist. Stanley macht die Sache umgekehrt. Er macht die englische Presse für den Mangel an Energie verantwortlich, welchen Volk und Regierung in Afrika bewiesen haben sollen, und lobt den deutschen Kaiser und seine Officiere, so viel er nur kann, dagegen schüttet er die Schale seines Zornes über Emin's Haupt aus, den er für alles verantwortlich macht, was ihm an Widerwärtigkeiten bei seinem letzten verfehlten Unternehmen widerfahren ist. Auch die Schuld an der Ermordung des Majors Barttelot's und Jameson's sucht er ihm aufzubürden, obwohl er sich gegen Jephson dahin geäußert hat, daß Barttelot das Opfer seines Eigensinns geworden sei (perversity) eigentlich Verkehrtheit, dann aber auch Eigensinn, Bosheit.

Englands Befürchtung, daß ihm in Afrika etwas entgehen könne, wenn es nicht jetzt schnell zugreife, ist noch erhöht worden durch die Thatkraft, welche Deutschland seit der Anwesenheit Wißmann's in Ostafrika entfaltet hat. Am 14. Mai ist Mikindani, der letzte Hort der arabischen Sclavenhändler an der Ostküste Afrikas, von Wißmann besetzt worden, nachdem kurz vorher Lindi und Kilwa in seine Hände gefallen waren. Man hat nicht gehört, daß die Araber ihre Drohung, Kilwa von Neuem anzugreifen, wahr gemacht hätten, und geschieht es später wirklich, so wird der Angriff unfehlbar abgeschlagen werden.

Ueber Emin waren die abgeschmacktesten Lügen verbreitet worden, seine Expedition sei in der Auflösung begriffen, er sei noch nicht weiter als fünf Tagereisen ins Innere von Afrika vorgedrungen und ein Drittel seiner Träger sei desertirt. Solche Disciplinlosigkeit hätten schon unsere braven Schutztruppen vereitelt, die ihn begleiteten. Vermuthlich werden wir bald von ihm hören, wie er seine Zeit angewendet hat. Auch das Märchen, welches Stanley dem Berichterstatter einer englischen Zeitung über die Art und Weise aufgebunden hat, wie Deutschland in den Besitz des Kilimandscharo gekommen sein soll, ist recht erbaulich und dient als Beweis, wie Stanley seine Aufgabe erfaßt, Großbritannien den noch herrenlosen Rest Afrikas zu sichern.

Wir wollen hoffen, daß die schwebende Grenzregulirung die Beziehungen Deutschlands zu England nicht verschlechtern wird, denn der deutsche Standpunct in Afrika ist immer der gewesen, die englische Empfindlichkeit zu schonen und den „Herren der Welt" alles das zu überlassen, was ihnen ohne Beeinträchtigung der deutschen Interessen überlassen werden konnte. Zu unserem Glück ist der Streit Englands mit Portugal vorangegangen, welcher die öffentliche Meinung der ganzen Welt auf die Seite Portugals gedrängt hat. Wenn England etwas fordern zu können glaubt, so hat es seine Forderungen stets mit großer Entschiedenheit gestellt und ist nur der Macht gewichen. Die britische Regierung weiß sehr genau, daß Deutschland nur sein Recht beansprochen wird und das vielleicht nicht einmal ganz. Es hätte wahrlich der Kunststücke Stanley's nicht bedurft, um die englische Presse gegen Deutschland zu hetzen, in Colonial-Angelegenheiten wissen die Engländer am besten selbst, wie sie ihre Zwecke erreichen können.

*

Leipzig, 21. Mai.

* Dem Bundesrath ist folgender Antrag seitens des Reichskanzlers unterbreitet worden: „Der Bundesrath wolle beschließen: 1) Das National-Denkmal für Seine Majestät den Hochseligen Kaiser Wilhelm I. wird auf dem durch Niederlegung der Gebäude „an der Schloßfreiheit" entstehenden Platz errichtet. 2) Dasselbe erhält die Gestalt eines Reiter-Standbildes. 3) Der Reichskanzler wird ermächtigt, über einen Entwurf für das Denkmal einen engeren Wettbewerb auszuschreiben." — Dieser Antrag ist am Freitag seitens des Bundesraths den zuständigen Ausschüssen überwiesen worden.

* In dem Bericht der „Hamburger Nachrichten" über die Unterredung zwischen dem Kaiser und Major Liebert fanden sich, wie schon erwähnt, auch einige angeblich vom Major Liebert herrührende Aeußerungen über das Verhalten der englischen Officiere in Afrika, deren gehässige Form es von vorn herein unglaublich erscheinen ließ, daß Major Liebert sich wirklich in dieser Weise dem Kaiser gegenüber geäußert haben sollte. Es hieß darin unter Anderm, die Engländer seien in Afrika allgemein verhaßt, die Deutschen allgemein beliebt, die englischen Officiere ständen immer hinter ihren Soldaten, die deutschen immer vorn, die englischen Officiere schonten ihr Leben, die deutschen setzten es bei jeder Gelegenheit ein u. s. w. Diese Bemerkungen, die ihrer Unwahrscheinlichkeit halber in der Presse wenig Beachtung fanden, haben die überraschende Wirkung gehabt, daß „Wolff's Telegraphisches Bureau" ein officiöses Dementi an die Zeitungen zu versenden in den Stand gesetzt war. Jetzt meldet dasselbe Bureau noch:

* Hamburg, 19. Mai. Die „Hamburger Nachrichten" veröffentlichen eine ihnen vom Major Liebert unter Bezugnahme auf die bezüglichen Bestimmungen des Preßgesetzes zugegangene Berichtigung, welche besagt, es sei thatsächlich unrichtig, daß er Aeußerungen gegen die Unbeliebtheit englischer Officiere in Afrika gemacht habe, wie die „Hamburger Nachrichten" solche in einer Correspondenz am 16. d. M. veröffentlicht hätten. Er müsse als deutscher Officier Verwahrung dagegen einlegen, daß ihm eine derartige unerhörte und unzulässige Kritik gegen eine uns eng befreundete Nation und Armee unterstellt werde. Die „Hamburger Nachrichten" fügen der Berichtigung hinzu, sie finden den Unmuth des Majors Liebert vollkommen gerechtfertigt, theilen denselben und bedauern, daß die redactionell beanstandete Correspondenz versehentlich doch abgedruckt worden sei.

Diese Ausflucht der „Hamburger Nachrichten" ist in der That recht bezeichnend für die Haltung des Blattes, welches ja auch, wie bekannt, durch seine unzuverlässigen, zum Theil tactlosen Correspondenzen aus Friedrichsruh, dem Fürsten von Bismarck schon manche Verlegenheit bereitet hat.

* Die Wahl des deutschfreisinnigen Reichstagsabgeordneten für den 1. Weimarischen Wahlkreis wird von Weimar aus auf Grund folgender Puncte angefochten: 1) Niederschreien einzelner Redner nichtdeutschfreisinniger Richtung in öffentlichen Wählerversammlungen durch eine von den deutschfreisinnigen Agitatoren organisirte Claque, 2) Verbreitung erdichteter ehrverletzender Behauptungen, welche zum Theil bereits Gegenstand eines gerichtlichen Strafverfahrens hätten, über den Candidaten der Cartelparteien und diejenigen Personen, welche dessen Candidatur öffentlich vertraten. 3) Oeffentliche Verbreitung wissentlich falscher Thatsachen über die Gesetzgebung, die Maßnahmen der Reichsregierung ꝛc., welche als eine ungebührige Beeinflussung der Wählerschaft namentlich in den unteren Schichten darstellt. 4) Bier- und Branntwein-, sowie Geldspenden an Wähler.

* Das vielgenannte Schreiben des Prinz-Regenten von Bayern in Sachen des „Katholikentages" hat folgenden Wortlaut:

„Mein lieber Erzbischof Antonius v. Thoma! Mit großem Interesse, aber auch mit aufrichtigem Bedauern habe Ich von Ihrem gestrigen Schreiben Kenntniß genommen. Ich empfinde es im Interesse der kirchlichen Autorität schmerzlich, daß die Bedenken, welche Sie als Oberhirte der zu Ihnen gekommenen Deputation gegen die Abhaltung der Generalversammlung der katholischen Vereine in diesem Jahre in München bekannt geben, kein willfährigeres Gehör fanden. Nicht gegen die Abhaltung der diesjährigen Generalversammlung überhaupt, sondern gegen die Abhaltung derselben in München richten sich die Bedenken. Ich vermag diese Abhaltung nicht als geeignet dazu erachten, hier den Frieden zu ergiebig und zu festigen, der von ruhig Denkenden aller Kreise der Stadt dringend gewünscht wird. Gerade in der unmittelbaren Folge auf den vorjährigen bayerischen Katholikentag gewinnt die beabsichtigte Versammlung einen besonderen Charakter. Neben derselben können daher auch leichter als sonst Bewegungen Platz greifen, welche neue Störungen des Friedens mit sich bringen. Ich habe Ihnen diese Meine Anschauung mündlich mitgetheilt und derselben auch gegenüber anderen Persönlichkeiten, zu denen Ich Vertrauen hege, Ausdruck gegeben. Es ist Mein lebhafter Wunsch, daß Sie sich, ehe Ich weitere Maßnahmen zu der Meinen Rechten und Pflichten gemäßen Wahrung des Friedens ins Auge fasse, nochmals mit katholischen Männern und insbesondere mit Ihrem Domcapitel ins Benehmen setzen und Mir das Ergebniß der Besprechungen, das, so Gott will, ein befriedigendes ist, baldigst zur Anzeige bringen. Hierbei verbleibe Ich, Mein lieber Erzbischof, mit huldvollsten Gesinnungen Ihr wohlgeneigter Luitpold, Prinzregent von Bayern."

Dieses Schreiben des Prinzregenten an den Erzbischof, welches den unversöhnlichen Gegensatz der Krone eines paritätischen Staates gegenüber einer unter dem Deckmantel des Katholikenthums betriebenen wüsten Agitation kennzeichnet, wird als eines der wichtigsten bayerischen Ereignisse seit dem Thronwechsel angesehen. Andererseits zweifelt man nicht, daß Windthorst der diesmaligen Agitation für den Katholikentag fernstand. In maßgebenden Kreisen Münchens nimmt man an, daß der schlaue Welfe eine Rechtsschwenkung machte, und daß die Klerikalen, unfruchtbarer Opposition entsagend, die neugewonnene Machtstellung auszunutzen trachten. Alles dränge nach rechts. Dies sei die Ursache, weshalb alle Machtfactoren die Agitatoren des Münchener Katholikentages im Stiche gelassen hätten.

* * *

* Ein der „Politischen Correspondenz" aus Berlin zugehender Bericht kommt auf die Meldung der „Times" über eine beabsichtigte Annäherung Rußlands an Deutschland zurück und äußert über die in maßgebenden Berliner Kreisen herrschende Anschauung, Deutschland, welches unverbrüchlich an dem aus gemeinsamer Friedensliebe hervorgegangenen Dreibunde festhalte, könne mit anderen Staaten Verträge nicht anders schließen als in Gemeinschaft mit seinen beiden Verbündeten. Wollte Rußland sich Deutschland nähern, so müßte Ersteres sich darüber klar sein, daß Letzteres einen Pact nur als eines der Mitglieder des Dreibundes zu schließen vermöchte. Dies würde nicht eine Aenderung der derzeitigen Gruppirung, sondern den Hinzutritt Rußlands zur Friedensliga bedeuten.

* Der Petersburger Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung" hat schon auf den groben Unfug aufmerksam gemacht, den ein Theil der russischen Presse mit der überaus friedlichen Rede unseres Kaisers in Königsberg treibt, die sich vorwiegend mit dem Schutze der landwirthschaftlichen Interessen der ostpreußischen Provinz beschäftigt hatte. Als Curiosum, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, wollen wir noch die Thatsache hinzufügen, daß die Nordische Telegraphenagentur im Auslande, namentlich auch in Oesterreich-Ungarn beunruhigende Depeschen über die angebliche kriegerische Bedeutung dieser Rede verbreitet hat, während sie vorzog, diese Depeschen in Deutschland nicht veröffentlichen zu lassen. So wird frisch und frech drauflos gehetzt.

* Der schweizerische Bundesrath hat sich bereit erklärt, mit der deutschen Regierung in Verhandlungen eintreten, behufs Abschlusses eines neuen Niederlassungsvertrages. Diese Verhandlungen, welche bereits begonnen haben, finden in Bern statt. Der Bundesrath Droz ist bevollmächtigt worden, den Vertrag auf Grund der vom Bundesrath ertheilten Instructionen, unter Vorbehalt der Ratification, abzuschließen.

* Die italienische Kammer hat in zweiter Lesung den Antrag Imbriani's, eine Enquete über die Tabakverwaltung vorzunehmen, mit großer Majorität abgelehnt. Nach der Abstimmung erklärte der Finanzminister, er werde alle die Tabakverwaltung betreffenden Documente aus eigenem Antriebe der Budgetcommission vorlegen.

* Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani" habe Mangascha dieser Tage im Namen des Königs Menelik und im Beisein Antonelli's, Salimbeni's und mehrerer italienischer Officiere Manschascha zum Gouverneur von Adua und des Gebietes bis zum Marebflusse ernannt. Der neuernannte Gouverneur schwor auf das Kreuz und das Evangelium, daß er niemals den Frieden mit Italien stören und alle vom Negus getroffenen Einrichtungen respectiren wolle.

* In einer Rede, die Gladstone im Anschluß an den in Norwich abgehaltenen liberalen Parteitag am Sonnabend in Lowestoft hielt, sprach derselbe unter Anderm auch über die schmähliche Behandlung der sibirischen Verbannten. Der „Vossischen Zeitung" wird darüber gemeldet:

* London, 19. Mai. Gladstone sprach am Sonnabend in Lowestoft. Nachdem er sein Bedauern über die Zustände in Armenien, sowie das Verhalten der Pforte während des Processes Mousa Bey ausgedrückt hatte, bemerkte er, er wäre vielleicht aufgefordert worden, zu sagen, wie er über die jüngsten Vorgänge in Sibirien denke. Er fühlte auch, daß einer unabhängigen Macht wie Rußland gegenüber England nicht dasselbe Recht der Einmischung beliebe, wie in dem Falle der Türkei. Die Behandlung der Verbannten in Sibirien seitens der russischen Behörden sei indeß schlimm genug und er habe die Sache im Hause der Gemeinen zur Sprache gebracht, aber er wage es nicht, die Regierung zu ersuchen, Schritte zu thun, falls sich nicht ein günstiges Resultat derselben absehen lasse. Er fürchte, daß, wenn die britische Regierung der russischen Regierung Vorstellungen zu Gunsten der Verbannten machte, es in der Macht derselben liegen dürfte, ohne Widerspruch zu sagen, daß vor kaum drei Jahren in Mitchelstown in Irland drei unschuldige Bürger, welche in einer gesetzlichen und friedlichen Volksversammlung in völlig gesetzlicher Weise irische Angelegenheiten erörtert hätten, von irischen Gendarmen erbarmungslos niedergeschossen worden seien. Die russische Regierung dürfte hinzufügen, daß ein Land, dessen Polizei unschuldige Bürger niederschieße, kaum in der Lage sei, einem anderen Lande vorzuschreiben, wie es seine Züchtlinge behandeln solle.

* Ein Federkrieg, den eine unzuverlässige Londoner Meldung der „Kreuzzeitung" über das Verhältniß zwischen England und Deutschland veranlaßt zu haben scheint, hat, wie schon telegraphisch erwähnt, die Folge gehabt, daß sich Lord Rosebery im Oberhause zu einer Anfrage und Lord Salisbury zu folgender Erwiderung veranlaßt sah:

Es ist dies die außerordentlichste Erfindung, die ich je gesehen. Da wird behauptet, daß im Sommer 1888 das deutsche Auswärtige Amt England fast herrisch ersucht habe, ein Schutz- und Trutzbündniß zu schließen und in den Dreibund einzutreten. Es ist das ein völliges Wahnbild. Das deutsche Auswärtige Amt hat uns nie gebeten, weder herrisch noch anderswie, ein Schutz- und Trutzbündniß abzuschließen oder in den Dreibund einzutreten. Das deutsche Auswärtige Amt und Fürst Bismarck, den die Sache im Besondern anging, waren mit den Einrichtungen unseres Landes bekannt und wußten, daß es für jeden englischen Minister unmöglich sei, ein Schutz- und Trutzbündniß einzugehen oder sich dem Dreibunde anzuschließen; auch ist nie ein solcher Vorschlag gemacht worden. Aufs Entschiedenste stelle ich auch in Abrede, daß es in den englisch-deutschen Beziehungen bei Kaiser Wilhelm's II. Thronbesteigung eine besondere Entfremdung oder eine Entfremdung überhaupt gegeben habe. Diese Beziehungen waren damals wie jetzt und wie sie es seit langer Zeit gewesen, von der herzlichsten Art und fußten ohne Zweifel auf der Weisheit der deutschen Herrscher aber noch mehr auf den natürlichen Interessen und Sympathien der beiden Nationen.

* In der Sitzung des englischen Oberhauses äußerte sich der Premier Lord Salisbury über den Socialismus dahin, daß das Wort Socialismus etwas bedeute, was der Staat unternehmen solle und was eigentlich die Individuen selbst thun sollten, und dagegen müsse man auf der Hut sein, denn wenn dem Staate Lasten aufgebürdet würden, die dessen Kräfte überstiegen, so würde eine nicht aufhörende Quelle von Ausgaben und von Corruption geschaffen werden. Die Sorge um Menschenleben und besonders um das Leben von Frauen und Kindern könne man jedoch nicht Socialismus nennen. Manche socialistischen Projecte würden, falls sie zu Thatsachen werden sollten, die heftigste Reaction hervorrufen. Immerhin würde durch die socialistischen Projecte das Vorhandensein von Uebelständen angedeutet, wie sie die bezüglichen Erlasse des deutschen Kaisers erwähnt hätten, und man sei verpflichtet, gegen diese Uebelstände Abhilfe zu suchen und zu finden.

* Im Ministerium von Japan haben folgende Veränderungen stattgefunden. Es wurden zu Ministern ernannt: Graf Saigo Tjukamichi für das Innere, Yoshikawa Akimasa für den Unterricht, Kabayama Sukenori für die Marine, Matsu für Ackerbau und Handel, Graf Oyama Iwao für den Krieg, Matsukata Masayoshi für die Finanzen und Graf Goto Shojiro für das Verkehrswesen.

Preußischer Landtag.

* Berlin, 19. Mai. Der Commissionsbericht über den Sperrgeldergesetzentwurf, erstattet von dem Abg. Dr. Hertmann-Lübben, ist jetzt erschienen. Nach den ausführlichen Mittheilungen, die wir über den Verlauf der Verhandlungen gebracht haben, glauben wir auf Auszüge aus dem Bericht verzichten zu können. Auch die Mittheilungen des Cultusministers über die Stellung der Curie zu dem Gesetzentwurf sind bereits ihrem vollen Inhalt nach bekannt geworden.

Die Sperrgeldgesetzvorlage wird voraussichtlich erst nach Pfingsten zur zweiten Berathung im Abgeordnetenhause kommen. Herr Windthorst soll gegenwärtig bemüht sein, sowohl bei anderen Parteien als bei der Regierung einen günstigen Boden zu schaffen,

SLUB
Wir führen Wissen.